



**ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHÜLERSCHAFT**

Initiativgruppe gegen die  
Verlängerung des Zivildienstes  
Wolfgang Poilauer  
OH Zivildienstberatung

Wien, 13. April 1988

Schiff	23	GE 9 88
Zi.		
Datum:	14. APR. 1988	
Verf.:	15. IV. 88	malley

Sehr geehrte Damen und Herren!

*W. Poilauer*

Anbei finden Sie die unserer Auffassung nach wesentlichsten Gründe, die gegen eine Verlängerung des Zivildienstes sprechen zusammen mit einer Liste derjenigen prominenten Persönlichkeiten, die unter vielen anderen unseren diesbezüglichen Aufruf unterstützten.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme und freundlichen Grüßen

für die Initiativgruppe

*Wolfgang Poilauer*

## ERKLÄRUNG GEGEN DIE VERLÄNGERUNG DES ZIVILDIENTSTES

Für Wehrpflichtige, die in Österreich Wehr- oder Zivildienst leisten, galt bisher der Gleichheitsgrundsatz, wie er vom Europaparlament empfohlen wurde: Die Dienstzeit beträgt in beiden Fällen 8 Monate. Wir betrachten dies als Ausdruck demokratischer Kultur und als Beitrag zur Gewissensfreiheit junger Menschen. Österreich ist in dieser Hinsicht für andere Länder beispielgebend.

Wir befürchten, daß eine Verlängerung des Zivildienstes zu einer schwerwiegenden ökonomischen und beruflichen Benachteiligung der Zivildienstler führen wird. Eine Verlängerung käme einer Bestrafung der Zivildienstler und einer Auslese nach ökonomischen Kriterien gleich

Wir treten daher für die Beibehaltung der gleichen Dienstzeit bei Militär- und Zivildienst ein.

.....

Kontaktadresse: Zivildienstreferat der Österr. Hochschülerschaft, Liechtensteinstr. 13, 1090 Wien  
Initiativgruppe: Karl Wörister, Peter Steyrer (ARGE-Zivildienst), Günter Danhel, Johannes Wancata, Christian Aufhauser (Arbeitsgemeinschaft Kath. Jugend Österr.), ~~Christian Meringer~~ Wolfgang Pollauer (Österr. Hochschülerschaft), Manfred Simon (Bund Europäischer Jugend), Günter Wittek (Sozialistische Kinderbewegung), Thomas Tobisch (Selbstorganisation der Wehrdienstverweigerer)

## Liste der Unterzeichner/innen

- . Univ. Prof. Dr. Erwin Ringel - Vorst. d. Inst. f. Medizinische Psychologie d. Universität Wien
- . Dr. Florian Kuntner - Weihbischof Wien
- . Pfr. Mag. Peter Karner - Landessuperintendent d. evang. Diöz. Wien
- . Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka - Vorst. d. Inst. f. Pol.wis. Ibk
- . Dr. Udo Jesionek - Präsident d. Jugendgerichtshofes
- . Dr. Hildegard Goss-Mayr - Vizepräs. d. Internat. Vers.bundes
- . Univ. Doz. Dr. Johannes Dantine
- . Univ. Prof. DDr. Herwig Büchele
- . Prof. Mag. Ernst-Christian Gerhold - Superintendent d. evang. Diöz. A.B. Stmk
- . Mag. Dr. Klaus Heidegger - KJ-Bundessekretär d. KJ - KJLÖ
- . Gertraud Grabler-Bauer Vors. d. AkjÖ
- . Dolores Bauer - LAbg. f.d. ÖVP Wien
- . Mag. Brigitte Ederer - Abg. NR SPÖ
- . Josef Cap - Abg. NR SPÖ
- . Andreas Wabl - Abg. NR GRÜNE
- . Dr. Eva Pesendorfer - Bundessekr. d. JVP
- . Franz Bittner - ehem. Vors. d. ÖBJR
- . Michael Goldinger - ehem. Vors. d. ÖH
- . Stefan Szyszkowitz - Vors. d. ÖH

und viele andere

### Argumente gegen eine Verlängerung des Zivildienstes

#### Eine Verlängerung des Zivildienstes würde Zivildienstler beruflich und wirtschaftlich benachteiligen:

Ein längerer Zivildienst könnte - auch in Anbetracht der zunehmenden Arbeitslosigkeit - die beruflichen Chancen der Zivildienstleistenden beträchtlich vermindern.

Bei mehreren Bewerbern um einen Arbeitsplatz wird - bei sonst gleichen Voraussetzungen - in der Regel derjenige den Kürzeren ziehen, der seine Berufstätigkeit länger (als ein Präsenzdienstler) unterbrechen mußte.

Ein vergleichsweise längerer Dienst wäre auch mit entsprechenden Einkommenseinbußen verbunden, während Präsenzdienstler nach ihrem 8-monatigen Dienst in den meisten Fällen wieder über ein reguläres Erwerbseinkommen verfügen können, müßten Zivildienstleistende für bloße Unterkunft, Verpflegung und ein bescheidenes Taschengeld arbeiten.

Eine Verlängerung des Zivildienstes würde eine weitere Einschränkung der Gewissensfreiheit bedeuten: Zur Zivildienstkommission und gesellschaftlicher Geringschätzung käme eine längere Dienstzeit.

Die von praktisch allen Menschenrechtskonventionen empfohlene Anerkennung der Gedanken- und Gewissensfreiheit wird bei Wehrdienstverweigerern durch verschiedene Schranken begrenzt:

Ein Militärdienstverweigerer muß in Österreich seine moralischen, ethisch-humanitären, religiösen oder sonstigen schwerwiegenden Gewissensgründe gegen die Anwendung von Waffengewalt vor einer Kommission glaubhaft machen. Militärdienstverweigerer werden oft trotz ihrer Gesinnung abgelehnt und zum Dienst mit der Waffe im Bundesheer gezwungen.

Eine Zivildienstverlängerung brächte nun auch für anerkannte Zivildienstler eine zusätzliche Diskriminierung mit sich. Das Gewissen des Einzelnen würde durch diesen Schritt mißachtet werden.

Eine Verlängerung des Zivildienstes läuft internationalen Bemühungen zur Verwirklichung des vollen Rechtes auf Militärdienstverweigerung entgegen:

So ist das Europäische Parlament der Ansicht, daß: "die Dauer dieses Ersatzdienstes, wenn er in einer zivilen Behörde oder Organisation abgeleistet wird, die Dauer des normalen Wehrdienstes, einschließlich der militärischen Übungen nach der Grundausbildung, nicht überschreiten dürfte" (Entschließung vom 7.2.1983)

Das europäische Parlament knüpft damit an die europäische Menschenrechtskonvention und an Entscheidungen des Europarates an.

Eine Verlängerung des ZD würde die Zivildienstler gegenüber Soldaten hinsichtlich der Arbeitsbelastung und Bezahlung schlechter stellen:

Wie verschiedene Studien des Innenministeriums und der ZD Organisationen zeigen, sind besonders ZD beim roten Kreuz und verschiedenen anderen Dienststellen sehr großen Anstrengungen ausgesetzt, sowohl was die wöchentliche Arbeitszeit betrifft, als auch die psychische (z.B. als Rettungsfahrer beim roten Kreuz) und physischen Belastung (Arbeit am Bauernhof...)

Belastungen bis zu 60 Wochenstunden sind dabei keine Seltenheit.

Die Bezahlung der ZDler und Wehrdienstler erfolgt nach den gleichen Richtlinien, im 7. und 8. Monat bekommen Zivildienstler sogar weniger Taggeld und Überbrückungshilfe (insgesamt 3015 S weniger).

Durch eine Verlängerung des Zivildienstes werden interne Probleme des Heeres auf Zivildienstler abgewälzt:

Im Jahresbericht über den Stand der staats- und wehrpolitischen Bildung junger Österreicher stellt das Verteidigungsministerium fest, daß sich im Verlauf des Präsenzdienstes der Glaube an die Sinnhaftigkeit dessen, wofür man ausgebildet werde, deutlich und spürbar verringert "die Sinnlosigkeit des Heeres spricht sich herum".

(BM für Landesverteidigung, April 1987)

Im Gegensatz dazu erlebt ein großer Teil der Zivildienstler den Zivildienstseinsatz als sinnvolle und ausfüllende Tätigkeit. Auch das spricht sich herum. Diese Dilemma kann aber nicht durch eine Verschlechterung der Situation der Zivildienstler gelöst werden, sondern nur durch Verbesserungen beim Bundesheer selbst.